

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N^o 226.

Erscheint jeden Sonntag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pfg., zweimonatlich 1 M. 50 Pfg. u. einmonatlich 75 Pfg.

Donnerstag, den 28. September.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Einladung zum Abonnement.

Indem wir das geehrte Publikum Freibergs sowie der näheren und weiteren Umgebung zum Abonnement auf den

„Freiberger Anzeiger und Tageblatt“

pro viertes Quartal 1882 höflichst einzuladen uns erlauben, bitten wir, besonders die auswärtigen Abonnenten, die Bestellungen auf das Blatt rechtzeitig machen zu wollen, damit eine Unterbrechung resp. verspätete Lieferung vermieden wird. — Nach wie vor werden wir bemüht sein, den Inhalt unserer Zeitung möglichst mannigfaltig, geistreich und interessant zu gestalten. Außer der Besprechung wichtiger Fragen in Leitartikeln finden die politischen Ereignisse des In- und Auslandes in gedrängter Kürze und Uebersichtlichkeit die ihnen gebührende Erwähnung. Bei wichtigeren Vorkommnissen geben wir sofort Kunde durch telegraphische Depeschen. — Unsere lokalen Nachrichten beschränken sich nicht nur auf die täglichen Vorkommnisse, sondern beschäftigen sich auch mit städtischen Fragen und mit den vielen in unserer Stadt bestehenden Vereinen. Bei den Nachrichten aus dem Königreich Sachsen sollen hauptsächlich die Ortsgeschichten des Landgerichts- und amts-hauptmannschaftlichen Bezirks Freiberg, sowie insbesondere die des Erzgebirges Berücksichtigung finden. Regelmäßig erscheinen auch die Schwurgerichts- und sonstigen Verhandlungen beim Landgericht Freiberg, und werden dieselben, je nach ihrem Interesse für die Oeffentlichkeit, in größerem oder geringerem Umfange geliefert.

Um auch den unterhaltenden Theil unseres Blattes möglichst interessant und mannigfaltig zu gestalten, bringt das tägliche Feuilleton nur geübene Novitäten anerkannt tüchtiger Schriftsteller. Der **Sonntagsbeilage** wird auch ferner die Obst- und Gartenbau-Zeitung beigegeben; ebenso werden die Preisräthsel fortgesetzt.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 2 Mark 25 Pfg. Inserate, pro gespaltene Zeile 15 Pfennige, finden bei der großen Auflage des Blattes die weiteste und zweckentsprechendste Verbreitung. Bestellungen nehmen sämtliche kaiserliche Postanstalten entgegen, außerdem folgende Ausgabestellen:

In Freiberg: die Expedition, Rinnengasse 96A,
August Jäckel, Weiskurgasse,
Oswald Heinzmann, Annabergerstraße,
B. Heyden, Ecke der äußeren Bahnhofstraße,
Gustav Weidauer (früher Reuber & Engelschall Nachf.), Erbischstraße,
R. Kreickemeier, Obermarkt.

Theodor Stölzner, Weingasse und kleine Vorgasse,
Fr. W. Werner, Kuegasse.

Auswärts:
Ernst Helbig jun., Kaufmann in Erbsdorf, für Brand, Erbsdorf, Linda, St. Michaelis,
Eduard Hutzsch, Einnehmer in Oberlangenan, für Ober- u. Niederlangenan u. Kleinhartmannsdorf,

Ernst Teutscher, Gemeindevorstand in Halsbrücke, für Halsbrücke, Conradsdorf, Krummenhennersdorf, Sand und Luttendorf,

Eduard Scheinert, Schnittwaarenhändler in Langhennersdorf, für Langhennersdorf und Seifersdorf,
Franz August Böhme, Restaurateur in Weißborn, für Weißborn.

Die Redaktion und Expedition des „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“.

Die preussischen Abgeordnetenwahlen.

Die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus, welche im Laufe des Monats Oktober zu vollziehen sind, verursachen nicht die Aufregung, die im vergangenen Jahre bei der Reichstagswahl einen großen Theil der Wähler entflammte. Der bittere Nachgeschmack, den die damalige wilde Agitation bei Vielen hinterließ, wie der natürliche Rückschlag nach solcher Bewegung mögen gleichmäßig dazu beigetragen haben, dem jetzigen Wahlkampf eine gegen den vorjährigen völlig veränderte Physiognomie zu geben. Aber in seinem Resultat wird er von dem vorjährigen insofern wohl wenig abweichen, als auch diesmal aller Voraussicht nach die Linke erheblich gestärkt werden dürfte; nur daß diesmal wahrscheinlich nicht die Mittelparteien, sondern, den veränderten Verhältnissen im Abgeordnetenhaus entsprechend, die Konservativen die Kosten zu bezahlen haben werden.

Es läßt sich gar nicht leugnen, die Aussichten sind sehr ungünstig sowohl für die Regierung wie für die Konservativen. Der Ursachen hierzu giebt es mancherlei. Im Ganzen genommen ist noch selten so viel Ungeschick in einem Wahlkampfethätigt worden, wie es diesmal auf der rechten Seite geschah. Daß kein Regierungsprogramm vorlag, aus dem man klar und deutlich ersehen konnte, was denn eigentlich die Regierung beabsichtige und worauf sie ihr Augenmerk zunächst richten wolle, machte von vornherein die Stellung aller Derjenigen, welche die Regierung zu unterstützen bereit waren, unklar und verworren. Das bekannte Ungeschick der Offiziösen, das nachgerade schon sprichwörtlich geworden, stieg sogar bis zum Unbegreiflichen. Anstatt eine einmüthige, klare und Jedermann verständliche Haltung anzunehmen, widersprachen die Federn, welche die Regierung in der Presse vertreten, einander fortwährend und ließen sich zuweilen zu recht bedenklichen Behauptungen verführen, deren Unrichtigkeit nachzuweisen den Gegnern sehr leicht wurde. Um aber das Maß des Ungeschicks voll zu machen, brachte schließlich die Provinzial-Korrespondenz nach langathmigen theoretischen Erörterungen über Steuerfragen, welche in ein solches Blatt gar

nicht gehören, einen Artikel, der so zu sagen alles das auf den Kopf stellte, was man bisher als die Absicht der Staatsregierung in Bezug auf die Steuerreform ansah und der im offenen Widerspruch zu dem stand, was der Reichskanzler selbst als das Ziel seiner Steuerpolitik bezeichnet hatte.

Die konservativen Blätter waren damals so konsternirt von der Haltung des offiziellen Blattes, daß sie acht Tage lang nicht recht wußten, was sie zu dieser Schwelung sagen sollten — bis dann die nächste Nummer des offiziellen Organs die Auffassung, die sein Artikel allenthalben gefunden hatte und finden mußte, als auf „Mißverständnissen“ beruhend darstellte. Das war nun allerdings eine Ausflucht, aber keine gute; selbst wenn sie's gewesen wäre, hätte man damit den Schaden nicht wieder gut machen können, welcher der konservativen Sache daraus erwuchs, daß solche Mißverständnisse überhaupt möglich gewesen waren. Wenn die Konservativen nach solchen Unbegreiflichkeiten etwas unsicher in ihrer Haltung wurden und den Boden unter ihren Füßen wanken fühlten, so daß die Festigkeit ihrer Haltung darunter litt, so ist ihnen dies gar nicht zu verargen.

Zu diesen Fehlern der Regierung kam dann freilich noch ein Mangel der konservativen Partei selbst, welcher auf die Wahlergebnisse Einfluß haben muß. Es fehlt dieser Partei augenscheinlich an Männern, welche sowohl vermöge ihrer äußeren Stellung wie vermöge ihrer Begabung im Stande wären, die Leitung der Partei an sich zu nehmen und nach klar erkennbaren Gesichtspunkten zu führen. Wir wollen nicht behaupten, daß die Konservativen nicht ebenso begabte Männer in ihren Reihen zählen wie die Liberalen; aber die besonders hervorragenden Köpfe kommen nicht hinreichend zur Geltung. Geschickte Agitatoren hat die Partei ja neuerdings wenigstens einige gewonnen, an Führern aber fehlt es ihr und gerade diese sind unbedingt notwendig, wenn die Organisation nicht völlig in die Brüche gehen soll. Wie empfindlich dieser Mangel an Führern ist, kann man einestheils aus der Unklarheit und der Verschiedenheit der Ansichten ersehen, welche innerhalb der Partei selbst

herrschen — man denke nur an die mannigfachen Ansichten, welche zum Beispiel über die Wege zur Hebung des Handwerks geäußert worden sind — andererseits aber auch an der Gedanken-Armuth, welche die konservative Presse aufweist. Sie lebt fast ausschließlich nur von den Ideen des Reichskanzlers; ihre geistige Selbstständigkeit sich zu wahren, hat sie in sehr untergeordneter Maße vermocht. Wenn sonach, trotz der für ihre Bestrebungen nicht ungünstigen Zeit, die Konservativen bei den bevorstehenden Wahlen keine größere Erfolge aufzuweisen haben werden, so mag sich die Regierung nicht wundern. Es müßte bei den obwaltenden Umständen selbstsam zugehen, wenn die Partei viel Boden gewinnen sollte.

Tageschau.

Freiberg, den 27. Septbr.

Die innere Lage des deutschen Reiches charakterisirt sich im Allgemeinen noch immer durch den Mangel an wichtigeren Ereignissen; die Sommerstille ist allmählich in eine Herbststille übergegangen und letztere dürfte erst durch die preussischen Landtagswahlen ihr Ende erreichen. — Die deutsche Kaiserin ist gestern früh wohlbehalten in Baden-Baden eingetroffen. — Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung trat gestern Nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, die einen sehr erregten Verlauf nahm. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildete die Vorlage des Magistrats betreffs des Resultates der über Erlass einer Gesetzesnovelle zur Städteordnung mit den Staatsbehörden gepflogenen Verhandlungen. Die Stadtverordneten Horwik, Raß, Ludwig, Löwe, Büchtemann, Raumann und Karsten griffen die Regierung auf das Festigste an und bezeichneten die Auflösung des Kollegiums als einen Schlag gegen die Selbstverwaltung, als eine Strafmaßregel. Anstatt unbedingter Weise den Auflösungsparagraphen der Städteordnung anzuwenden, hätte die Neuordnung der Kommunalverhältnisse unter Emantrung einer Gesetzesnovelle allmählich geschehen können. Die Versammlung nahm schließlich eine Dankresolution an den Magistrat an. Letzterer hat sich dahin schlüssig gemacht, daß die neuen Wahlbezirke möglichst abgerundet sein und annähernd die gleiche Wählerzahl haben sollen, daß aber die historischen Stadttheile und die Stadtbezirktheilung möglichst zu wahren sei. Eine Subkommission wurde schließlich beauftragt, auf Grund früherer